

Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Albstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für: Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkenwitz

ersch. jeden Sonntag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—, durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—, bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz
Freitag, 16. Juli 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textteile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

Auf der Höhe der Krise.

Wenn nicht alle Zeichen täuschen, so wird die Spaer-Konferenz infolge der von der Entente bestellten Bewaltpolitik resultatlos verlaufen, oder als einziges Resultat die Befreiung des Ruhrgebietes durch die Entente haben. Die deutsche Delegation will in der Kohlenfrage nicht nachgeben, weil dieses Nachgeben den vollständigen Ruin der deutschen Industrie bedeuten würde. Wenn auch die deutsche Delegation ihre Unterchrift unter diesen neuen Schwabervertrag legen wollte, die deutschen Bergarbeiter würden sich nicht fügen, wie aus untenstehenden Meldungen ersichtlich. Heute dürfte die Entscheidung fallen. Gibt die Entente nicht nach, dann ist sie allein an dem Unheil schuld, welches sicherlich über ganz Europa hereinbrechen wird. Es liegen nachstehende Telegramme vor:

Spa, 14. Juli. Das offizielle Kommuniqué des Verbandes lautet: Eine Versammlung der verbündeten Bevollmächtigten fand heute von 12 bis 3 Uhr statt in Gegenwart des Marschalls Joch. Marschall Wilson war nicht anwesend. Die Fortsetzung der Erörterung wurde vertagt, um einen vorübergehenden Meinungsaustausch zwischen den militärischen Sachverständigen zu ermöglichen. Das Einvernehmen der Verbündeten ist vollkommen.

Spa, 14. Juli. (Davas.) Der englische Premierminister zeigte heute vormittag auf der interalliierten Versammlung eine besonders feste Haltung. General Deputé wird in Spa erwartet. Der frühere polnische Ministerpräsident Paderewski kritisierte Millerand einen Besuch ab. Reichsminister Dr. Simon hat heute nachmittag eine Besprechung mit Lloyd George. Die verhandelt, wurde zwischen ihnen die Kohlenfrage besprochen. Lloyd George bestand mit Nachdruck auf einer baldigen Entscheidung der deutschen Regierung. Kurz darauf trat im Speiseaal des Hotels Annette Louvin die deutsche Abordnung mit den hier weilenden Sachverständigen zu einer Beratung zusammen, an der etwa vierzig Herren teilnahmen, darunter Sinnes, Bernburg, Rathenau, Dr. Weidner u. a. Ueber das Ergebnis dieser Beratung, die etwa zwei Stunden dauerte und anscheinend recht lebhaft verlaufen ist, wurde keine Mitteilung gemacht. Am Anstich an diese Sitzung trat die Abordnung in der Wohnung des Reichskanzlers zu einer weiteren Beratung zusammen. Inzwischen berieten die Staatsmänner der Verbündeten mit Marschall Joch und dem belgischen Generalstabchef Maglino. In den Kreisen der Verbündeten erzählt man, daß der Verband in der Ernährungsfrage und insbesondere auch in anderen Punkten zu Zugeständnissen bereit sein würde, daß er aber in der Kohlenfrage unter keinen Umständen etwas von seiner Forderung ablassen werde. Weder Millerand noch Lloyd George könnten in ihre Parlamente zurückkehren, ohne in der Kohlenfrage über befriedigende Ergebnisse berichten zu können. Der Standpunkt des Verbandes sei unabänderlich und die Lage müsse somit nach wie vor als ernst bezeichnet werden.

Lloyd George und Millerand hatten im Laufe des gestrigen Tages wiederholt sehr lange Besprechungen ohne Zeugen, über deren Verlauf sich Millerand am Abend französischen Pressvertretern gegenüber sehr befreizt äußerte. Um 10 Uhr abends trat die deutsche Abordnung wiederum zu einer Sitzung zusammen. Von deutscher Seite wurde während des ganzen Tages keine Mitteilung ausgegeben.

Von italienischer Seite dagegen wurde dem Berichterstatter der Z. U. mitgeteilt, daß die Gefahr der Befreiung des Ruhrgebietes durch die Verbündeten in nächste Nähe gerückt sei. Der oberste Rat habe bereits alles Notwendige festgelegt. Es würden sechs Divisionen zur Verwendung kommen, zwei englische, drei französische und eine belgische. Die deutsche Abordnung werde in der vorausichtlich heute stattfindenden Sitzung von den Verbündeten vor die Wahl gestellt werden, sich entweder zur Befreiung von zwei Millionen Tonnen Kohle zu verpflichten oder die Mittelung von der bevorstehenden Befreiung des Ruhrgebietes entgegenzunehmen.

Spa, 15. Juli. Der für gestern nach in Aussicht genommene deutsche Ministerrat fand nicht statt. Um 9 Uhr werden sich die gesamten Abordnungen versammeln. Ueber das Ergebnis kann man natürlich nichts prophezeien. Man glaubt aber, daß sich die überwiegende Mehrzahl der hier anwesenden verantwortlichen Männer über die ungeheure Gefahr eines Abbruchs der Verhandlungen klar ist. In der Stadt läuft das Gerücht herum, daß der französische Vorschlag auf ein Ultimatum lautet, das 24 Stunden laufen soll mit zweitägiger Zeit zur Abreise.

Spa, 14. Juli. Reuter verbreitet folgende Meldung: Die Verbündeten kamen heute vormittag 12 Uhr zusammen. Die Marschälle Joch und Maglino erstatteten Bericht über die militärische Lage. Darauf wurde die Zusammenkunft bis 6 Uhr unterbrochen. In der Zwischenzeit hat kein Verkehr mit den Deutschen stattgefunden, und es scheint, daß der Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorsteht und daß die Verbündeten das Ruhrgebiet besetzen werden. Die italienischen und englischen Generale werden heute abend ein treffen.

Berlin, 14. Juli. In der heutigen Sitzung der Arbeitnehmergruppe des Ruhrgebietes wurde zur Frage der Kohlenförderung und der Forderungen des Verbandes eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: Die Arbeit-

nehmergruppe hält die Erfüllung der hohen Kohlenlieferungsorderungen des Verbandes für unmöglich. Sie ist sogar der Ansicht, daß der Vorschlag der deutschen Regierung schon zu weit geht und undurchführbar ist angesichts des durch die großen Lebensmittelschwierigkeiten so tief gesunkenen Gesundheitszustandes der Bergarbeiter. Sie lehnt jede Ausführung von Uebersichten bei einer in Diktat des Verbandes ab. Die beschlossene Beschlagnahme der Kohlen zugunsten des Verbandes sowie die Forderung des Ruhrreviers zur Ausführung der Verbandsforderung würde die Arbeiterkraft nicht ruhig hinhinnehmen. Sie würde ihre Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit nicht preisgeben, auch dann nicht, wenn die deutschen Regierungsvertreter sich fügen würden. Die Bergarbeiter wollen freie deutsche Arbeiter sein und keine Sklaven. Sie erklären sich aber bereit, unter Wahrung ihrer Rechte und Freiheiten und unter der Voraussetzung einer ausreichenden Ernährung ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 15. Juli. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Spa, daß die deutsche Regierung die deutschen Delegationsmitglieder ersucht habe, öffentliche Lokale nicht zu besuchen.

Berlin, 15. Juli. Verschiedene Blätter melden aus Spa, daß der deutschen Delegation in einem Ultimatum der Alliierten mitgeteilt worden sei, daß die deutsche Entscheidung auf den letzten Vorschlag der Entente in der Kohlenfrage innerhalb 24 Stunden bei einer anschließenden Abfahrtsfrist aus Spa zu geben sei. Die Mitteilung sei von der Drohung der Befreiung des Ruhrgebietes begleitet.

Pressestimmen.

Berlin, 14. Juli. Der Vertreter der „Deutschen Allg. Sta.“ meldet aus Spa: Wenn man in den verbündeten Kreisen der Meinung war, mit der Berufung des Marschalls Joch und des Generalstabchefs bei der deutschen Seite einschüchternd wirken zu können, so wird man damit eine gründliche Enttäuschung erlebt haben. Das Manöver war allzu deutlich, um nicht sofort als ein Theatercou erkannt zu werden. Falls die Verbündeten wirklich die Absicht hätten, ins Ruhrgebiet einzumarschieren, so würden dafür besondere Beratungen mit ihren militärischen Führern ganz unnötig sein, denn es ist allgemein bekannt, daß die für diese Zwecke erforderlichen Pläne seit langem von Frankreich vorbereitet sind. Es ist aber auch weiterhin anzunehmen, daß die Verbündeten, so groß im übrigen ihre Verbildung auch sein mag, sich vollkommen darüber im klaren sind, daß eine militärische Aktion nur das Gegenteil der von ihnen gewünschten Wirkung erzielen könne. Man nimmt also diese ostentativ erfolgte Berufung der verbündeten militärischen Führer in den deutschen Kreisen als eine wirkungslose Drohsache mit vielem Abscheu auf, die wohl mehr dazu bestimmt ist, am heutigen Nationalfeiertag die Stimmung in Paris zu heben.

Paris, 14. Juli. Die gesamte Presse spricht von der Verschärfung der Lage in Spa. Der Vertreter des „Matin“ sagt: Reicher als Frankreich an Kohlen, könne Deutschland, das seine Industrie wieder in Betrieb gesetzt habe, aber Frankreich eine unanfechtbare Suprematie erlangen. Die Wirkung des französischen Sieges hätte alsdann aufgehört und Deutschland seine Revanche, ohne einen Mann zu mobilisieren. — Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ telegraphiert: Der Versuch, die Deutschen dahin zu führen, den Friedensvertrag ohne Widerstand und friedlich auszuführen, könnte kein befriedigendes Ergebnis zeigen. Es sei wahrscheinlich, daß die Alliierten noch zwei oder drei Tage abwarten, bevor sie eine Entscheidung fassen. In der Zwischenzeit werde aufs Neue die europäische Lage geprüft, namentlich im Hinblick auf die Ereignisse, die sich in Polen abspielten. — Das „Journal“ sagt: Auf die Erklärung Dr. Simons sei eine Antwort nötig gewesen: Die Unterbrechung der Konferenz und die Beratung der militärischen Chefs. Man wisse, was sie wollen.

Auszug vor Schluß der Redaktion lief nachstehendes Telegramm ein:

Zustimmung der Deutschen in der Kohlenfrage.

Spa, 15. Juli. Davos. Die Deutschen haben unter gewissen Bedingungen die Vorschläge der Alliierten in der Frage der Kohlenlieferung angenommen. — (Eine Bestätigung dieser sensationellen Meldung von deutscher Seite liegt nicht vor. Die Schriftl.)

Die deutschen Arbeitervertreter im Völkerbund.

Daß der Völkerbund eine Mißgeburt ist und der seinen Namen mit Unrecht trägt, braucht wohl nicht erst aus den heiligen Schriften von Marx und Engels bewiesen zu werden. Deutschland wird ja noch nicht der zweifelhaften Ehre gewürdigt, ihm anzugehören zu dürfen, aber deutsche Arbeitervertreter sind doch schon zum Teil, man weiß noch nicht recht, in welcher Eigenschaft, zu einzelnen seiner Unterabteilungen zugelassen. Die Behandlung, welche ihnen dort zuteil wird, ist aber keineswegs derartig, daß man darüber seine heile Freude zu empfinden vermöchte. So hat längst in Genua

eine internationale Seemannskonferenz getagt, welche dem 13. Teil des Friedensvertrages entspricht, monach der Internationale Verband der Arbeit“ vorgesehen ist. Ueber diese Tagung hat der Minister a. D. Wissel im „Korrespondenzblatt des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes“ vom 3. Juli 1920 berichtet. In diesem Bericht heißt es u. a.:

„Es muß leider gesagt werden, daß die Aufnahme der deutschen Arbeitervertreter durch einen Teil der sonstigen Arbeitervertreter keine besonders erfreuliche war. Das war um so bedauerlicher, als es sich doch um die Behandlung von Fragen handelt, die für die gesamte Arbeiterschaft höchst wichtig sind. Die bei einem Teil der Anwesenden offenbar vorhandene Abneigung gegen die Deutschen schien sich zuerst in einer anscheinend innerlich geübten Verhöhnung der deutschen Arbeiter aus den Kommissionen auszuprägen.“

Als die deutschen Arbeiter- und Regierungsvertreter deswegen Beschwerde erhoben, veranlaßte der belgische Vertreter, Chavelle, eine Debatte, wodurch die Schuld Deutschlands am Kriege und das Verhalten der deutschen Seeleute zunächst festgesetzt und dann erst darüber beschlossen werden sollte, ob man die deutschen Arbeiter überhaupt zulassen sollte. Die deutschen Vertreter ließen sich leider zu einem gewissen Notan vor dem Daß gegen Deutschland bewegen, indem Herr Wissel, als von der deutschen Regierung dazu bevollmächtigt, eine Erklärung abgab, die in ihrem Eingang lautete: „Wir beklagen mit Ihnen die zahlreichen Opfer, die der in bitterer Not von Deutschland als Gegenmittel gegen die Blockade unternommene U-Boot-Krieg von Ihnen gefordert hat. Die deutsche Regierung hat sich ohne irgend welche Einsprüche zu erheben in der Anlage zu Artikel 244 des Friedensvertrages verpflichtet, den alliierten und assoziierten Mächten und ihren Angehörigen allen Schaden, den ihnen die deutsche Seefahrt verursacht hat, wieder gut zu machen.“ Weiter hieß es: „Wir richten an die Konferenz zugleich auch die Bitte, den Wunsch auszudrücken, daß die deutschen Matrosen, im Gefühl der heiligen Bande der Solidarität, die zwischen den Seeleuten besteht, Ihre liebevolle Aufmerksamkeit darauf verwenden, daß die Erfüllung dieses Versprechens erfolgt.“ Daraufhin wurden dann die deutschen Vertreter auch mit in die Kommissionen gewählt.

Wir sind der Ansicht, daß es der Wahrheit und dem Ansehen Deutschlands nichts geschadet hätte, wenn man dieses Zugeständnis in einer solchen Form nicht gemacht hätte, denn durch solche Erklärungen werden die Deutschfeinde im Ausland immer wieder mit Gründen versehen, um die Wäre von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und der Unfähigkeit des U-Boot-Krieges weiter verbreiten zu können. Werden sie sich doch darauf berufen können, daß deutsche Vertreter diese Gründe selbst anerkennen. Von den belgischen Verbänden der Solidarität merkt man auf der Gegenseite rein gar nichts, wie ja Herr Wissel selbst dokumentiert hat. Wehr Würde ist daher bei allen derartigen internationalen Tagungen der deutschen Vertreter immer wieder anzuraten, zumal das auch zugleich die klügste Politik ist, um das Ansehen Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse zu heben und die Gefahr zu veranlassen, von ihren Vernichtungsplänen gegen Deutschland Abstand zu nehmen. R.

Politische Nachrichten.

Deutsch-französischer Zwischenfall in Berlin.

Berlin, 14. Juli. Wie die Sicherheitspolizei mitteilt, fand heute vormittag auf dem Pariser Platz zur Feier des französischen Nationalfestes ein Festakt vor der französischen Botschaft statt, an dem Vertreter der belgischen Entente-Kommission teilnahmen. Das anwesende deutsche Publikum stimmte beim Dissen der Tricolore das deutsche Lied an. Beamte der Sicherheitspolizei geleiteten französische Offiziere und Matrosen, die durch ihr Benehmen das Publikum gereizt hatten, in die Botschaft. Auf diese Weise gelang es, Ausschreitungen vorzubeugen. — Nachdem die Feier vorüber war und das Publikum den Platz verlassen hatte, sind bisher noch unbekannt Personen aus der Botschaft geleitet, haben die Tricolore heruntergeholt und sich mit ihr entfernt. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Gerabekung der Kohlen für die militärische Besetzung.

Brüssel, 14. Juli. Davos. Die Blätter melden, daß die Wiederaufmachungskommission nach Prüfung der deutschen Beschwerden wegen der ungeheuren Kosten der militärischen Besetzung des westdeutschen Gebietes die von Deutschland in Ausführung des Friedensvertrages zu zahlende Summe auf 7 Franken für den Kopf und Tag festgesetzt hat.

Deutsche Eisenbahn aus dem abgetrennten Gebiet.

Berlin, 14. Juli. In den letzten Tagen sind bei der Reichsregierung und dem auswärtigen Amt Telegramme der Bevölkerung der an Polen ohne Zustimmung abgetrennten Gebiete eingelaufen, worin die dringende Bitte ausgesprochen wird, alles daran zu setzen, um die Gebiete, in denen die Bevölkerung ebenso wie in den Abtrittegebieten deutsch ist, für Deutschland zu retten.

Drohender Eisenbahnstreik.

Nach der „Post“ droht die Düsseldorf Ortsgruppe der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten zur Durchsetzung neuer Forderungen mit einer Betriebsseparierung, die vom 20. August an den ganzen Zugverkehr umfassen soll.

Berlin ohne elektrischen Strom.

Berlin, 14. Juli. Die Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken teilt mit: Seit dem 13. d. Mts. nachmittags ist infolge Streiks in Golpa die Lieferung des Fernstromes von